



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Arbeit der Staatlichen Bauämter mit Personal unterstützen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 40 (Staatliche Bauämter) werden die Ansätze im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) von 87.897,1 Tsd. Euro um 1.500,0 Tsd. Euro auf 89.397,1 Tsd. Euro und im Tit. 428 01 (Entgelte der Arbeitnehmer) von 111.799,7 Tsd. Euro um 1.500,0 Tsd. Euro auf 113.299,7 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln sollen an den Staatlichen Bauämtern 50 zusätzliche Stellen für Beamtinnen und Beamte in den BesGr. A 6 bis A 16 und 50 zusätzliche Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der EGr. E 3 bis E 14, zu besetzen ab 1. Juli 2023, geschaffen werden.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Die Arbeitsbelastung an den Staatlichen Bauämtern in Bayern ist spürbar gestiegen. Innerhalb der letzten Jahre ist die Anzahl der Überstunden um 73,5 Prozent von 93 966 auf 162 992 stark angestiegen, im Jahr 2020 lagen die Krankheitstage bei der hohen Zahl von 75 666 Tagen. Dies hat negative Folgen für die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten an den Bauämtern und nicht zuletzt für die zeitnahe Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte in Bayern.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bauämtern leisten bereits jetzt wertvolle Dienste für den Erhalt und den Ausbau unserer Infrastruktur. Ohne Aufstockung des Personals in den Bauämtern drohen die Modernisierung und der Umbau staatlicher Gebäude, der Umbau und Ausbau von Staatsstraßen und die Planung und Realisierung von Radwegen auf der Strecke zu bleiben. Um die Arbeitsbelastung an den Bauämtern zu reduzieren und eine zügigere Umsetzung von Infrastrukturprojekten im Freistaat zu gewährleisten, sollen neue Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen werden. Dafür sind entsprechende Personalausgaben zu erhöhen.